

Zum ersten Mai

Wieder rüstet die Arbeiterschaft zur Maifeier. - Zur Maifeier, nicht zum Fest! Denn die Zeit ist zu ernst, um seichte Feste zu begehen, den oft zweideutigen, stets aber inhaltslosen Unterhaltungen der Spiesser nachhelfend. Der 1. Mai, als machtvolle Demonstration und als Kampfansage an das Bürgertum gedacht, ist ja leider im Laufe der Jahre verflacht, seit es nicht mehr nötig ist, seine Freigabe den Unternehmern und Behörden abzutrotzen, als er beinahe schon zum staatlichen Feiertage geworden war. Heute nun, da die Herrschenden sich anschicken, ihn uns wieder zu entreissen, wie uns auch auf allen andern Gebieten unsere sozialen Errungenschaften entrissen werden sollen, gilt es, ihm seinen Inhalt zurückzugeben. An Fragen fehlt es uns wahrhaftig nicht, die der Lösung harren.

Nicht nur für den Achtsturentag werden wir demonstrieren, diese erste Forderung, für welche eigentlich die Maifeier geschaffen wurde und die, kaum erst verwirklicht - in vielen Betrieben wird heute noch zehn Stunden gearbeitet - schon wieder bedroht ist; nein, noch zahlreiche, ebenso wichtige Forderungen müssen wir verfechten. Wir sind in der letzten Zeit rückwärts gegangen, unstreitig.

Ein Tor nur möchte es verneinen. So haben wir, nachdem wir gegen Die Lex Häberlin gesiegt hatten, zwei Niederlagen erlitten, am 3. Dezember 1922 die Verwerfung der Vermögensabgabe, am 15. April 1923 diejenige der Zollinitiative, haben auch am einen oder andern Ort die Arbeitszeit nicht halten können und Lohnneinbussen in Kauf nehmen müssen .. Die Teuerung, die eben endlich zum Stillstand zu kommen schien, wächst schon wieder: bereits ist das Fleisch teurer geworden, Milch und Milchprodukte werden nachfolgen, Wolle und Leder steigen im Preis, und um den Arbeitenden zu hindern, billigere Waren aus dem Ausland zu beziehen, wird uns die Einfuhr noch mehr abgeschnürt, um die Grenze eine Mauer errichtet, die kaum mehr einen Durchgang lässt. Unsere Behörden betreiben offen und schamlos den Lohnabbau, suchen ganze Kategorien in niedrigere Lohnklassen zu versetzen, andere in ein loses Anstellungsverhältnis zu bringen, um sie leichter auf die Strasse werfen zu können, und wenn wir uns beschweren, wird mit dem Hinweis auf das Heer der Arbeitslosen gedroht, das bereit sei, unsere Arbeit zu verrichten. Gewiss, mancher Arbeitslose, vom Hunger zermürbt und seines Willens beraubt, gibt sich zum Lohndrücker, ja selbst zum Streikbrecher her; denn auch dies ist die Schande des Bürgertums, dass sie versucht, den Arbeitslosen moralisch und körperlich verkommen zu lassen. So scheinen Gemeinden, Kantone und die Eidgenossenschaft einen Wettlauf zu veranstalten, wer uns die Einfuhr noch mehr abgeschnürt, um die Grenze eine Mauer errichtet, die kaum mehr einen Durchgang lässt. Unsere Behörden betreiben offen und schamlos den Lohnabbau, suchen ganze Kategorien in niedrigere Lohnklassen zu versetzen, andere in ein loses Anstellungsverhältnis zu bringen, um sie leichter auf die Strasse werfen zu können, und wenn wir uns beschweren, wird mit dem Hinweis auf das Heer der Arbeitslosen gedroht, das bereit sei, unsere Arbeit zu verrichten. Gewiss, mancher Arbeitslose, vom Hunger zermürbt und seines Willens beraubt, gibt sich zum Lohndrücker, ja selbst zum Streikbrecher her; denn auch dies ist die Schande des Bürgertums, dass sie versucht, den Arbeitslosen moralisch und körperlich verkommen zu lassen. So scheinen Gemeinden, Kantone und die Eidgenossenschaft einen Wettlauf zu veranstalten, wer die schlechtesten Arbeitsbedingungen aufweisen kann. Man vergleiche die Lohnabbauvorlage des Zürcher Stadtrats, man denke an die mittelalterlichen Anstellungsverhältnisse, die in vielen Anstalten und Gemeinden noch bestehen, und man erinnere sich an den ersten Entwurf zum neuen eidgenössischen Besoldungsgesetz, der unter dem Personal einen Entrüstungssturm hervorrief, aber wie zum Hohn noch durch einen schlechteren ersetzt wurde; dabei ist das längst versprochene Gesetz so lange verschleppt worden, bis ein Lohnabbau mundgerecht gemacht werden konnte.

In aller Offenheit aber will man dem Personal der öffentlichen Dienste und Betriebe seine Waffen rauben: die gewerkschaftliche Organisation, die ausgeschaltet werden soll, das Streikrecht, die letzte, aber auch wirksamste Waffe, die als ungesetzlich erklärt wird. Zwar ist die Lex: Häberlin bachab geschickt worden; aber ihr Geist ist geblieben; er äussert sich im eben erwähnten Besoldungsgesetz und in zahlreichen Erlassen aller möglichen wichtigeren und unwichtigeren Behörden. Neben diesen aber steht die Technische Nothilfe, diese Streikbrecherorganisation des Oberst Rothpletz und steht die zwar vielfach lächerlich, aber doch nicht ungefährliche Bürgerwehr, die sich leicht zu einer Faszistenhorde auswachsen kann, steht die bürgerliche Hetzpresse, die vom berüchtigten Mittelpressebureau in Bern bedient wird, das seine Betriebsmittel seit der dunklen Gründung von den Unternehmern bezieht.

Doch nicht, um uns in düstern Prophezeiungen zu ergehen und die Mutlosigkeit zu mehren, haben wir diese Misserfolge und Gefahren angeführt, sondern um zur Sammlung zur geistigen und materiellen Vorbereitung der Abwehr zu rufen. Die Schwierigkeiten erkennen, heisst den Weg vorbereiten, ihnen zu begegnen und sie zu überwinden. Sind wir trotz theoretischer Meinungsverschiedenheiten einig im revolutionären Klassenkampf, rütteln wir die Lauen auf und ziehen die Unentschiedenen zu unserer Organisation herüber, dann werden wir wieder stark werden, von der Verteidigung zum Angriff übergehen können. Unser Ziel bleibe trotz allem:

die Beseitigung der Klassenherrschaft,
die Erkämpfung einer gerechten Gesellschaftsordnung,
das Glück unserer Kinder und Enkel.

Ernst Eichenberger.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 27.4.1923.

Gemeinde- und Staatsarbeiter, Der > 1. Mai 1923. Gemeindearbeiter, 1923-04-27